

Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau**19. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2013****I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 24. September 2014 den Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2013 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau überwiesen. Der Ausschuss hat den überwiesenen Bericht in seiner Sitzung am 26. November 2014 beraten.

Auch in diesem Berichtszeitraum waren Schwerpunkte der Tätigkeiten der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) die Bereiche Arbeit/Wirtschaft, Gender-Mainstreaming, Frauenförderung und Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes im bremischen Einflussbereich, digitale Medien, Familienpolitik/Familienrecht, Mädchen im Erziehungs- und Bildungswesen, Gewalt gegen Frauen, Gesundheit, Stadtentwicklung, Information, Beratung und Hilfe in Einzelfällen, Veranstaltungen und Öffentlichkeits- und Informationsarbeit. Die ZGF hat in den dargestellten Arbeitsbereichen gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau beigetragen und auch ihre Funktion als Anlauf- und Beratungsstelle für Frauen ausgeübt, dabei arbeitete sie laut Errichtungsgesetz als Landesbehörde und nahm zugleich Aufgaben für die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales wahr. Die ZGF verfügte im Berichtszeitraum über insgesamt 13 Mitarbeiterinnen, einige davon in Teilzeit. Das Beschäftigungsvolumen lag im Schnitt bei 10,30 Stellen.

Bevor auf einzelne Bereiche eingegangen wird, hebt der Bericht auf die gesellschaftlichen Veränderungen im frauenpolitischen Diskurs ab. Obwohl Themen wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Entgeltlücke und der tägliche Sexismus in der öffentlichen Auseinandersetzung sehr präsent sind, wird es immer schwieriger, geschlechterdiskriminierende Zustände in den Vordergrund zu rücken. Diese werden als individuell bedingt wahrgenommen und nicht als strukturelle Benachteiligungen identifiziert.

Im Folgenden werden die einzelnen Bereiche kurz angesprochen:

Im Bereich Frauen am Arbeitsmarkt kommt der Bericht zu einer wenig erfreulichen Einschätzung. Die Erwerbstätigkeit von Frauen geht in Bremen entgegen dem Bundestrend zurück. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung liegt in Bremen unter den bundesweiten Zahlen. Der Minijobanteil als ausschließliche Einnahmequelle ist zwar zurückgegangen, als Nebenjob nimmt er allerdings zu. Bedenklich ist nach wie vor der hohe Anteil von Einelternfamilien, zumeist Frauen, die von Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch (SGB II) leben müssen. Vor dem Hintergrund der prekären Beschäftigungen, der hohen Teilzeitquote, dem geringen Anteil von Frauen in Führungspositionen, den bestehenden Entgeltungleichheiten, verweist der Bericht deutlich auf eine sich versteigende Situation, die Frauenarmut und damit auch Kinderarmut manifestiert. Dem entgegenzusteuern ist eine wichtige Aufgabe.

Angesichts der weiterhin traditionellen Berufs- und Lebenswege ist die Auseinandersetzung mit Mädchen und jungen Frauen von Bedeutung. Die Analyse von Rollenbildern ist unverändert wesentlich um gesellschaftliche Mechanismen zu begreifen und für sich zu reflektieren. Hier hat die ZGF mit dem Projekt „Junge Frauen“ einen wichtigen Schritt getan und einen Beirat aus jungen Frauen initiiert. Zu wünschen ist hier eine Begleitung, um die Arbeit weiter zu flankieren.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen bleibt (leider) eines der Schwerpunktthemen der ZGF und wird auf verschiedensten Ebenen thematisiert und bearbeitet. Die Erhöhung der Mittel im Haushalt 2012/2013 ist zwar zu begrüßen, aber die Herausforderungen sind nicht kleiner geworden. Eine davon ist die Finanzierung der Frauenhäuser, die Erforderlichkeit für Anlaufstellen für zugewanderte Frauen wird genannt und hier auch deutlich gemacht, wie wichtig niedrigschwellige Angebote sind. Diese müssen etabliert werden.

Gesundheit

Innerhalb der Frauengesundheit beschäftigt sich die ZGF mit einer Vielzahl an Themen. Bei dem Schwerpunkt Schwangerschaft und Geburt sticht immer noch die hohe Kaiserschnitttrate hervor, eine der höchsten im Bundesvergleich. In diesem Kontext ist auch die zunehmend schwierige Situation der Hebammen zu nennen. Hier ist die ZGF in ihren Bemühungen um eine finanzielle Besserstellung auf Bundes- und Landesebene unbedingt zu unterstützen. Eine wichtige Forderung bleibt die Freigabe der „Pille danach“. Die Verschreibungspflicht existiert in Europa lediglich nur noch in zwei Ländern. Auch hier muss die ZGF parlamentarisch für eine Abschaffung der Verschreibungspflicht in Deutschland unterstützt werden.

Als einen ersten Schritt ist die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln an bedürftige Frauen zu sehen. Aktuell gilt dies für drogenabhängige substituierte Frauen, eine Erweiterung für Frauen im Hartz-IV-Bezug wäre dringend wünschenswert.

Darüber hinaus gibt es eine beeindruckende Übersicht über die vielfältigen Veranstaltungen, Aktionen und Tagungen zu allen Themenbereichen im frauenpolitischen Zusammenhang.

Der Ausschuss nimmt den Bericht mit großer Anerkennung zur Kenntnis. Er gibt ein eindringliches Bild über die Herausforderungen einer Geschlechterpolitik in den aktuellen Verhältnissen und ist als Institution für den Gleichstellungsausschuss unerlässlich.

II. Antrag

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau bei.

Claudia Bernhard
(Vorsitzende)